



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktion DIE LINKE

Auftragsverwaltung für Bundesstraßen beibehalten und Transparenz beim Aufbau der Bundesinfrastrukturgesellschaft schaffen

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/903**

Der Landtag wolle beschließen:

Privatisierung der Straßeninfrastruktur ablehnen

1. Der Landtag lehnt Privatisierungen im Bereich der Straßeninfrastruktur ab und erteilt Finanzierungsmodellen über Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) eine deutliche Absage.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat gegen die geplanten Änderungen des Art. 90 Grundgesetz zu stimmen und sich für ein Verbot der Privatisierung des Autobahnverkehrs im Grundgesetz einzusetzen.
3. Der Landtag lehnt die geplante PKW-Maut und deren geplante Erhebung durch die Infrastrukturgesellschaft ab.

Begründung

Mit der Infrastrukturgesellschaft verliert die Auftragsverwaltung der Autobahnen und bei Länderbedarf auch der Bundesstraßen in eine privatrechtliche Gesellschaft. Die nicht näher begründete Vorfestlegung der Bundesregierung auf die Schaffung einer privatrechtlich organisierten Infrastrukturgesellschaft für die Bundesfernstraßen ab 2021 schafft Fakten ohne Einbeziehung der Parlamente und Fachministerien der Länder. Die als GmbH organisierte Gesellschaft soll nach vier Jahren evaluiert werden und kann als mögliche Aktiengesellschaft dann Anteile veräußern und Kredite bei Banken und Versicherungen aufnehmen - außerhalb der EU-Schuldenbremse und des Bundeshaushaltes. Ein Rechtsgutachten für das Verkehrsministerium von Baden-Württemberg kritisiert den Entwurf der geplanten

(Ausgegeben am 01.02.2017)

Grundgesetzänderung im Artikel 90 nicht nur als „redaktionell misslungen“, sondern konstatiert: *„Angesichts der weitreichenden Privatisierungsmöglichkeiten, die der Entwurf eröffnet, überrascht es, dass keinerlei kompensatorische staatliche Steuerungsmöglichkeiten vorgeschrieben sind...“*

Ebenso gab der Bundesrechnungshof ein vernichtendes Urteil ab zur geplanten Infrastrukturgesellschaft bei einer Anhörung im Bundestag im Januar 2017. Im vorliegenden Gesetzentwurf werde nicht einmal die Kreditfähigkeit der neuen Gesellschaft eingeschränkt.

Der Verband der Straßenwärter (VdStra), Ver.di und weitere Organisationen haben sich zu einer Plattform gegen eine Bundesfernstraßengesellschaft zusammengeslossen. Sie sehen u. a. aufgrund von fehlender flankierender Übergangsregelungen und -zeiten für das Personal in den Straßenbaubehörden der Länder die Arbeitsplätze vieler tausender Beschäftigter bedroht. Bei den Privatisierungen von Post, Telekom und der DB wurde etwa die Hälfte der Stellen vernichtet.

Es wird davon ausgegangen, dass die LKW-Maut und die geplante PKW-Maut an die Infrastrukturgesellschaft gehen. Dies schafft Anreize für mehr klimaschädlichen Straßenverkehr, zulasten des Schienenverkehrs, des ÖPNV, des Rad- und Fußverkehrs.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender